L1 Links vor rechts!

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Hamburg
Beschlussdatum:	04.11.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 2 Leitantrag

Antragstext

Politische Ausgangslage

Hamburg ist eine reiche Stadt. Doch für viele junge Menschen bedeutet das nicht, dass sie hier sicher leben und ihre Zukunft selbst gestalten können. Wer keine reichen Eltern hat, stößt bei der Wohnungssuche auf Mieten, die kaum zu bezahlen sind. Wer Unterstützung braucht, erlebt, dass um Schulbegleitung, Beratung und Jugendhilfe gerungen werden muss. Wer queer ist oder rassistisch diskriminiert wird, kann sich auf das weltoffene Selbstbild dieser Stadt nicht verlassen. Und die Klimakrise verschärft die Unsicherheit darüber, wie wir künftig leben können.

Diese Erfahrungen stehen nicht unverbunden nebeneinander. Sie zeigen, wessen Bedürfnisse in politischen Entscheidungen zählen und wer die Folgen tragen soll. Rot-Grün regiert diese Stadt und trägt Mitverantwortung für diese Verhältnisse. Ein wachsender Haushalt beantwortet noch nicht die Frage, ob Schulen, soziale Einrichtungen und Beratungsstellen ihren Aufgaben gerecht werden können. Wenn steigende Kosten und wachsende Bedarfe nicht ausgeglichen werden, wird auch ohne sinkende Gesamtsumme gekürzt.

Auch beim Klimaschutz fehlt es nicht an einem gesellschaftlichen Auftrag. Mit dem Hamburger Zukunftsentscheid haben die Menschen für eine schnellere und sozial gerechte Klimapolitik gestimmt. Doch zwischen einem beschlossenen Ziel und seiner Umsetzung liegen Entscheidungen über Energieversorgung, Gebäude, Verkehr und die Verteilung der Kosten. Werden diese Entscheidungen verschoben, trifft das besonders diejenigen, die ohnehin am wenigsten haben.

Zugleich schaffen rechtsextreme und faschistische Kräfte Tatsachen. Rassistische Ausgrenzung, Angriffe auf queere Menschen und der Ausbau staatlicher Überwachung betreffen auch hier den Alltag. Wenn demokratische Parteien rechte Forderungen übernehmen, verschieben sie selbst die Grenzen dessen, was politisch akzeptiert wird. Eine demokratische Antwort muss Faschisten klar widersprechen und zugleich glaubwürdig zeigen, dass die Verhältnisse veränderbar sind.

Unsere gemeinsame Perspektive

Ein Leben ohne Existenzangst und mit wirklicher Mitbestimmung: Das ist der gemeinsame Anspruch unserer Politik. Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Antifaschismus und Queerfeminismus gehören zusammen, weil sie dieselbe Frage stellen: Wer verfügt über unsere Lebensbedingungen? Solange wenige über Wohnungen, Unternehmen und Investitionen entscheiden, während viele die Folgen tragen, bleiben Sicherheit und Selbstbestimmung ungleich verteilt. Wir wollen diese Machtverhältnisse verändern.

Für uns beginnt Freiheit bei den Bedingungen, unter denen Menschen ihr Leben gestalten. Eine sichere Wohnung, verlässliche soziale Unterstützung und Schutz vor Gewalt schaffen die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen. Wer seinen Alltag ständig gegen Armut, Diskriminierung oder drohende Verdrängung verteidigen muss, hat weniger Raum, die eigene Zukunft zu gestalten. Unsere Forderungen sollen Abhängigkeiten verringern, gesellschaftlichen Reichtum anders verteilen und die Macht derjenigen stärken, die bislang zu wenig Mitspracherecht haben.

Veränderung entsteht, wenn Menschen gemeinsam handlungsfähig werden. Unser Verhältnis zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist an diesen Zielen orientiert. Wir fordern die Partei auf, ihre Gestaltungsspielräume zu nutzen, und widersprechen, wenn sie Kürzungen, Ausgrenzung oder Überwachung mitträgt. Regierungsverantwortung und Koalitionskompromisse entbinden nicht von der Verantwortung gegenüber den Menschen, die die Folgen politischer Entscheidungen tragen.

Soziale Gerechtigkeit

Rot-Grün regiert diese Stadt – und trotzdem wird an genau den Stellen gespart, an denen es am meisten wehtut. Wer Ausgabensteigerungen begrenzt, während Personal-, Energie- und Sachkosten sowie die Bedarfe steigen, kürzt trotzdem. Wir als GRÜNE JUGEND Hamburg lassen uns das nicht schönreden: Wir fordern unsere Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hamburg auf, ihren Gestaltungsspielraum zu nutzen.

Soziale Aufgaben und kulturelle Teilhabe sichern

Die Zeche zahlen wieder die, die am wenigsten Lobby haben. Deshalb fordern wir: Keine Kürzungen auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen. Schulbegleitung, Ganztag und Jugendhilfe müssen bedarfsgerecht finanziert werden. Ein warmes Mittagessen und die notwendige Unterstützung in der Schule dürfen nicht am Geldbeutel scheitern.

Auch kulturelle Teilhabe gehört zu einem guten Leben. Während große Prestigeprojekte im Mittelpunkt stehen, kämpfen kleinere Kulturorte und Projekte um ihre Finanzierung. Wir wollen, dass ihre Bedarfe ebenso zählen und sich Menschen Kultur leisten und sie erleben können. Das ist eine Frage des politischen Willens.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten

Diese Schieflage setzt sich beim Wohnen, den Mieten und der Stadtentwicklung fort. Wer in Hamburg jung ist und keine reichen Eltern hat, stößt auf einen Markt, der absurde Mietforderungen stellen kann, weil Wohnraum knapp und falsch verteilt ist. Wohnen wird damit zur Frage der Herkunft und des Einkommens.

Die Lücke zwischen günstigen Bestandsmieten und teuren Neuvermietungen ist eine Falle. Sie trifft alle, die gezwungen sind, umzuziehen: Kündigung, Trennung, erster eigener Auszug. Junge Menschen brauchen eine eigene Wohnung, ohne dafür auf familiäres Vermögen angewiesen zu sein.

Neue Sozialbindungen nützen wenig, wenn zugleich bestehende Bindungen auslaufen. Dann wird aus einer Erfolgsmeldung ein Nullsummenspiel, das für Menschen, die dringend eine bezahlbare Wohnung brauchen, eine reale Dauerkrise bedeutet.

Wir fordern deshalb einen echten Sozialwohnungs-Neubauplan, der sich an rund 14.000 Wohnungen pro Jahr orientiert und nicht an dem, was sich politisch bequem präsentieren lässt. Wir fordern den Erhalt statt den schleichenden Verlust von Sozialbindungen und eine Stadtentwicklung, die vor allem Mieter*innen und ihre Lebensrealitäten im Blick hat statt Investor*innen und Renditen.

Obdachlosigkeit bekämpfen statt Menschen abschrecken

Statt sichere Unterbringung für alle zu gewährleisten, verschärft der rot-grüne Senat die Regeln im Winternotprogramm: Spätestens nach drei Übernachtungen wird die Sozialberatung verpflichtend und mit einer Identitätsprüfung verbunden. Damit werden neue Hürden ausgerechnet dort aufgebaut, wo Menschen Schutz vor Kälte suchen.
Hinter diesen Regeln stehen Menschen, die nachts frieren, keinen sicheren Schlafplatz haben und um ihr Leben kämpfen. Wer sie durch Kontrolle und Abschreckung von einer warmen Unterkunft fernhält, nimmt in Kauf, dass sie draußen sterben.
Wir stellen uns gegen eine Politik, die selbst den Schutz vor dem Erfrieren einer sowieso schon unmenschlichen Abschiebe- und Verteibungslogik unterordnet. Niemand darf vor die Wahl gestellt werden, Hamburg zu verlassen oder auf der Straße sein Leben zu riskieren.
Wir fordern die Rücknahme dieser Verschärfungen. Der Zugang zum Kälteschutz muss niedrigschwellig und anonym möglich sein. Beratung muss freiwillig und auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet sein.
Wir fordern eine ganzjährige, ganztägige und zugängliche Notunterbringung! Sie muss mit dem Ausbau von Housing First verbunden werden: einer eigenen, dauerhaft gesicherten Wohnung mit freiwilliger Unterstützung statt eines dauerhaften Lebens in Notunterkünften.

Globale Solidarität, Antirassismus und Teilhabe zur Realität machen

Hamburg versteht sich als weltoffene Stadt. Wegen ihrer Rolle als wichtiger Knotenpunkt der Weltwirtschaft steht Hamburg in einer besonderen Verantwortung. Denn Weltoffenheit misst sich nicht nur an Anlaufstellen, sondern daran, wie eine Stadt mit denen umgeht, die keine Lobby haben.

Wer Menschen die Kontrolle über ihr eigenes Geld nimmt, will abschrecken und nicht integrieren. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Bezahlkarte und die Auszahlung von Bargeld ohne Sonderregeln. Auf Druck von rechts darf nicht mit rechter Symbolpolitik geantwortet werden, schon gar nicht von einem rot-grünen Senat.

Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, sind keine Fallzahlen, sondern unsere Mitschüler*innen, Kolleg*innen und Nachbar*innen. Abschiebungen, Kürzungen in der mehrsprachigen Sozialberatung und das Kaputtsparen der medizinischen Notfallkassen für Geflüchtete lehnen wir konsequent ab. Echte Integration braucht umfassende Förderung und realistische Bleibeperspektiven.

Die rechtspopulistische Rhetorik gegen Geflüchtete und Schutzsuchende lenkt nur vom eigentlichen Problem ab: Flucht ist niemals freiwillig. Vielmehr spielen unsere eigenen Wirtschaftsinteressen im Ausland eine große Rolle, da sie globale Ungleichheiten oft verschärfen. Hamburg, durch seine mit dem Hafen tief verwurzelte koloniale Vergangenheit, muss der eigenen Rolle gerecht werden und für einen wirksamen Schutz der Menschenrechte eintreten. Der Hafen sollte stattdessen zum Mittelpunkt einer fairen, solidarischen Weltwirtschaft werden.

Wir fordern ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild, das auch Behörden und Polizei in die Pflicht nimmt, statt nur auf Beratung zu setzen. Migrantische Selbstorganisationen dürfen nicht nur angehört werden, sondern müssen in Beiräten und Gremien mitentscheiden. Antirassismus muss in Hamburg Verwaltungsrealität werden, nicht nur Bekenntnis.

Soziale Gerechtigkeit ist kein Kapitel, das man abhakt, wenn der Haushalt es zulässt. Sie ist der Maßstab, an dem sich jede einzelne Haushaltszeile, jedes Bauprojekt und jede Entscheidung messen lassen muss, und sie hört an keiner Grenze auf.

Klimagerechtigkeit

Die Uhr tickt. Für uns als GRÜNE JUGEND Hamburg ist klar: Sozial gerechter Klimaschutz muss endlich zur Priorität dieser Stadt werden. Mit dem Hamburger Zukunftsentscheid haben die Menschen für Klimaneutralität bis 2040, verbindliche CO_2-Budgets und Sofortprogramme bei Zielverfehlungen gestimmt. Wir verlangen die konsequente Umsetzung dieses Auftrags.

Klimaschutz gehört ins Zentrum der Hamburger Politik: wirksam, konsequent und sozial gerecht. Werden Ziele verfehlt, müssen unverzüglich wirksame Maßnahmen folgen. Wir werden diesen Prozess entschlossen begleiten und unsere Forderungen unüberhörbar einbringen.

Emissionen konsequent senken

Hamburgs Emissionen sind viel zu hoch. Der Senat muss alle seine Möglichkeiten nutzen, um sie sozialverträglich und dauerhaft zu senken. Dazu gehören die konsequente Umsetzung der Solardachpflicht und die entschlossene Fortführung der Wärmewende. Der Senat soll mit gutem Beispiel vorangehen und seine Dienstwagenflotte auf emissionsfreie Fahrzeuge umstellen.

Für den Schiffs- und Schwerlastverkehr brauchen wir deutlich strengere CO_2- und Schadstoffvorgaben. Hamburg muss seine eigenen Handlungsmöglichkeiten nutzen und sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die notwendigen Regeln einsetzen. Touristische Schiffe und Kreuzfahrten müssen mit hohen Abgaben belegt werden, die unmittelbar in den Klimaschutz fließen.

Wir fordern einen klaren Vorrang für Recycling und eine langfristige Strategie, die Müllverbrennung in Hamburg auf ein Minimum zu reduzieren. Klimaschutz muss Energieversorgung, Verkehr und den Umgang mit Ressourcen gemeinsam verändern.

Grüne Mobilität für alle ermöglichen

Wer will, dass Menschen umsteigen, muss ihnen einen bezahlbaren, zuverlässigen und gut ausgebauten ÖPNV bieten. Hohe Fahrpreise sind ein Gerechtigkeitsproblem und verhindern den Umstieg. Deshalb fordern wir einen kostenfreien Nahverkehr.

Ein kostenfreier Nahverkehr eröffnet Zugang zu Bildung, Arbeit, Freund*innen und politischer Beteiligung. Gerade junge Menschen müssen selbstständig unterwegs sein können, ohne dass Mobilität vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängt.

Der U-Bahn-Ausbau darf nicht länger gegen andere ÖPNV-Mittel ausgespielt werden, sondern muss Hand in Hand gehen. Möglichkeiten wie der Ausbau von X-Bus-Linien müssen genutzt werden, um sinnvolle Alternativen zu bieten. Wir brauchen beides! Zugleich müssen grüne Technologien schnell ausgebaut und flächendeckend bereitgestellt werden.

Hamburg klimafest machen

Hamburg muss jetzt klimafest werden. Wir brauchen Schutz vor Kälte und Hitze. Dafür muss Hamburg Flächen radikal entsiegeln und deutlich mehr Stadtgrün schaffen. Noch immer sind zu große Teile der Stadt mit Beton und Stein bedeckt. Jede Planung muss verbindlich darauf geprüft werden, wo zusätzliche Flächen entsiegelt werden können.

Auch auf den Naturschutz wollen wir einen Fokus legen. Stadtgrün und unversiegelte Flächen sind keine verzichtbare Verschönerung, sondern gehören zu einer Stadt, die ihre Menschen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

Öffentliche Wasserspender und kühle Räume müssen flächendeckend ausgebaut werden. Alle Menschen in Hamburg brauchen kostenfreien Zugang zu Wasser und Abkühlung. Schutz vor den Folgen der Klimakrise darf kein Privileg derjenigen sein, die sich eine gut geschützte Wohnung leisten können.

Auch Hamburgs Schulen müssen hitzefest gestaltet werden. An besonders hitzebelasteten Schulen sollen gezielt Klimaanlagen eingesetzt werden. Die Sanierungsquote bei öffentlichen und privaten Gebäuden muss deutlich steigen.

Hamburg soll die Länderöffnungsklausel im Gebäudemodernisierungsgesetz für eine ambitionierte Wärmewende nutzen. Ein Wärmepumpen-Leasing-System kann dabei helfen, den Umstieg zu ermöglichen. Wir brauchen energieeffiziente Wohnungen, die bezahlbar bleiben.

Jede dieser Lösungen muss sozialverträglich umgesetzt werden. Klimakrise, Wohnungsnot und soziale Ungleichheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen einen Nahverkehr, den alle nutzen können, und eine klimaresiliente Stadt, die allen offensteht. Daran werden wir den Senat messen.

Antifaschismus und Demokratie

Rechtsextreme und faschistische Kräfte schaffen Tatsachen. Sie gewinnen Wahlen, bauen ihre Organisationen aus und schüchtern Menschen ein. Der Abbau der Demokratie findet jetzt statt. Jedes weitere Abwarten gibt den Faschist*innen Raum, ihre Macht auszubauen.

Auch Hamburg ist kein sicherer Rückzugsort. Ein weltoffenes Selbstbild schützt niemanden vor rassistischer Gewalt, rechter Einschüchterung oder staatlicher Entrechtung. Wir müssen den Faschist*innen Räume, Einfluss und Macht abnehmen. Dafür braucht es eine organisierte Linke, die sich den kommenden Auseinandersetzungen entschieden stellt.

Demokratie durch veränderte Verhältnisse stärken

Die demokratischen Parteien brauchen einen Bruch mit dem Status quo. Die Verteidigung demokratischer Institutionen und ein Bekenntnis gegen die AfD sind keine ausreichende Antwort. Wer Menschen für Demokratie gewinnen will, muss ihnen eine glaubwürdige Aussicht eröffnen, ihre Lebensbedingungen grundlegend und nachhaltig zu verbessern.

Wer trotz Arbeit die Miete kaum bezahlen kann, von Befristung zu Befristung lebt und keine sichere Zukunft sieht, braucht mehr als die Warnung, dass alles noch schlimmer werden könnte. Wenn demokratische Parteien vor Eigentumsinteressen kapitulieren und grundlegende Veränderungen für unrealistisch erklären, geben sie ihren Gestaltungsanspruch auf.

Die Faschisten nutzen diese Enttäuschung. Sie versprechen einen Umbruch und richten die Wut gegen Migrant*innen, Erwerbslose und andere, die nicht in ihr Weltbild passen. Wer rechte Forderungen übernimmt, vollstreckt den Rechtsruck selbst. Wir überlassen den Faschisten weder die Unzufriedenheit noch den Anspruch auf Veränderung.

Kapitalistische Macht angreifen

Eine antifaschistische Strategie, die wirtschaftliche Herrschaft unangetastet lässt, greift zu kurz. Wenige verfügen über Wohnungen, Unternehmen und Investitionen. Viele tragen die Folgen ihrer Entscheidungen. In Krisen soll die Mehrheit verzichten, während die Macht der Eigentümer*innen bestehen bleibt. Rechte Politik sichert diese Ordnung autoritär ab: durch Ausgrenzung, Unterordnung und die Bekämpfung solidarischer Gegenwehr.

Wir müssen diese Machtverhältnisse überwinden. Unser Ziel bleibt die Überwindung des Kapitalismus. Wohnraum, Energieversorgung und andere Lebensgrundlagen müssen demokratisch organisiert werden. Beschäftigte müssen über ihre Arbeit und die Zukunft ihrer Betriebe mitentscheiden können. Die Verfügung über unsere Lebensbedingungen darf kein Privileg der Besitzenden bleiben. Wir wollen eine Demokratie, die die Macht der Reichen bricht.

Den autoritären Ausbau stoppen

Während Faschisten nach staatlicher Macht greifen, werden die Instrumente staatlicher Überwachung und Entrechtung ausgebaut. Dafür tragen auch SPD und Grüne in Hamburg Verantwortung. Sie können sich nicht gegen rechtsextreme Kräfte inszenieren und diese Politik gleichzeitig umsetzen.

Wir verlangen die Rücknahme der Regelanfrage, das Ende automatisierter Verhaltensanalyse im öffentlichen Raum und der Weitergabe polizeilicher Daten zum KI-Training. Videoüberwachung, Bewegungsprofile und ähnliches dürfen nicht

zu Instrumenten werden, die Öffentlichkeit einschüchtern. Der Ausbau polizeilicher Überwachungsbefugnisse muss gestoppt und umgekehrt werden.

Überwachungsbefugnisse bleiben auch nach Regierungswechseln bestehen. Wer sie heute ausbaut, trägt die Verantwortung dafür, wem sie morgen in die Hände fallen. Der rot-grüne Senat muss diesen Kurs beenden.

Gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen

Die Hamburger Initiative zur Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens muss umgesetzt werden. Unser Ziel bleibt ein Verbotsverfahren. Weitere politische Warteschleifen sind angesichts der Machtgewinne nicht hinnehmbar.

Gleichzeitig braucht es gesellschaftliche Gegenmacht. Wir unterstützen Demonstrationen, verteidigen Versammlungsfreiheit gegen pauschale Kriminalisierung und verlangen unabhängige Aufklärung unverhältnismäßiger Polizeigewalt. Wir solidarisieren uns mit zivilem Ungehorsam gegen faschistische Kräfte.

Als GRÜNE JUGEND Hamburg wollen wir mit Gewerkschaften, Mieter*inneninitiativen und antifaschistischen Bündnissen eine Zukunft erkämpfen, die junge Menschen tatsächlich gewinnen können: ein Leben ohne Existenzangst und mit wirklicher Mitbestimmung. Dafür müssen wir Reichtum umverteilen, Eigentum demokratisieren und die Macht derjenigen brechen, die von unserer Unsicherheit profitieren.

Wir lassen uns nicht auf die Verteidigung einer Gegenwart verpflichten, die uns die Zukunft verbaut. Die Verhältnisse sind veränderbar.

Queerfeminismus

Wir lassen uns nicht verdrängen! Queerfeminismus ist für uns der tägliche Maßstab dafür, ob Hamburg eine Stadt ist, in der alle sicher leben, sich selbst bestimmen und ohne Angst öffentlich sichtbar sein können. Ohne Druck von unten bleiben Versprechen Symbolpolitik. Wir wollen queerfeministische Perspektiven stärken, Sichtbarkeit schützen, Rechte verteidigen und Machtverhältnisse verändern.

Schutzstrukturen verlässlich finanzieren

Wir fordern eine dauerhafte, bedarfsgerechte Finanzierung queerer Schutz-, Wohn- und Beratungsstrukturen für FLINTA*-Personen statt befristeter Modellprojekte. Schutzunterkünfte für gewaltbetroffene FLINTA*-Personen müssen verstetigt und ausgebaut werden.

Es dürfen hier nicht länger die Bedürfnisse von cis Frauen gegen die von trans* Frauen, Lesben, nicht-binären und agender Personen oder trans* Männern ausgespielt werden. Jede gewaltbetroffene FLINTA*-Person verdient zuverlässigen Schutz! Wer Unterstützung sucht, braucht eine erreichbare Anlaufstelle und eine verlässliche Perspektive.

Kein Sparen am Aktionsplan: Die Fortführung von „Hamburg l(i)ebt vielfältig“ darf nicht zur Verhandlungsmasse werden. Der Senat muss die finanziellen Mittel

so aufstocken, dass queere Projekte, Beratung und Empowerment flächendeckend und verlässlich gefördert werden.

Wir fordern die Wiederherstellung und Ausweitung der Förderung queerer Jugendarbeit, auch für lambda. Queere Jugendhilfestrukturen brauchen verlässliche, langfristige Bundesmittel. Diese Räume ermöglichen Beratung, Vernetzung und Unterstützung gerade für junge Menschen, die andernorts keinen Rückhalt finden.

Selbstbestimmung und Gleichstellung stärken

Keine Aufweichung des Selbstbestimmungsgesetzes. Seine Evaluation darf nicht zur Türöffnerin für neue Hürden werden. Wir wollen bestehende Rechte verteidigen und die Selbstbestimmung junger Menschen darüber hinaus stärken: Sie darf nicht von elterlicher Zustimmung oder gerichtlichen Genehmigungen abhängig gemacht werden.

Die Novellierung des Hamburgischen Gleichstellungsgesetzes muss nicht nur Frauen, sondern explizit auch Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen im öffentlichen Dienst schützen und verbindliche Quoten für die Besetzung von Gremien und Beiräten vorsehen.

Den Aktionsplan „Queer leben“ wollen wir nicht nur fortschreiben, sondern mit verbindlichen Fristen, Budgets und Evaluationskriterien unterlegen – insbesondere beim Schutz vor queerfeindlicher Gewalt, in der Gesundheitsversorgung und in der Bildung. Wir fordern eine bundesweite Antidiskriminierungsstelle mit Verbandsklagerecht, die queere Diskriminierung effektiv bekämpft und nicht nur beratend tätig wird.

Queeres Leben vor Gewalt schützen

Queerfeindliche Gewalt muss systematisch erfasst und bekämpft werden. Hamburg braucht verpflichtende Schulungen von Polizei, Justiz, Jugendämtern und Schulen zu LSBTIQ*-Sensibilität, eine unabhängige Erfassung von Hasskriminalität und niedrigschwellige Meldewege für Betroffene.

Wir verlangen konsequenten Schutz queerer Veranstaltungen. Dafür braucht es bundesweit Sicherheitskonzepte, die queere Räume schützen, ohne sie zu kriminalisieren oder unter Generalverdacht zu stellen. Schutzbedarfe von trans*, inter*, nicht-binären und agender Personen müssen in gesetzlichen Regelungen ausdrücklich berücksichtigt werden.

Der Kampf gegen Überwachung gehört zu unserem antifaschistischen und queerfeministischen Anspruch. Wir solidarisieren uns mit queerem zivilem Ungehorsam und queeren Demonstrationen. Wenn queere Partys, CSDs oder Gegendemonstrationen von Polizei und Behörden eingeschränkt oder überwacht werden, muss die GRÜNE JUGEND Hamburg klar Position beziehen.

Mehrfachdiskriminierung bekämpfen und Macht verändern

Queerfeminismus bedeutet, nicht nur Sichtbarkeit zu fordern, sondern Machtverhältnisse zu verändern. Es reicht nicht, Regenbogenflaggen zu hissen, während Schutzunterkünfte fehlen, Fördergelder gekürzt werden und Überwachungsbefugnisse wachsen.

Wir fordern die Verknüpfung von Queerpolitik mit Sozial-, Wohnungs- und Migrationspolitik. Queere Jugendliche ohne familiären Rückhalt, queere Geflüchtete in Unterkünften und queere ältere Menschen in Pflegeheimen brauchen mehr als Bekenntnisse. Sie brauchen Wohnungen, Schutz, Geld und Entscheidungsmacht.

Mehrfachdiskriminierung muss als politische Realität anerkannt werden. Queerfeindlichkeit verschränkt sich mit Rassismus, Klassismus und Ableismus. Unsere Politik muss das abbilden: in Förderkriterien, in Beiräten und in Personalentscheidungen. Niemand darf zwischen verschiedenen Zuständigkeiten verschwinden.

Queerfeminismus ist kein Zusatz. Er ist die Linie, an der sich messen lässt, ob Hamburg und Deutschland wirklich für alle da sind. Eine Politik gegen queere Leben werden wir nicht mittragen – weder im Senat noch in der Bürgerschaft noch in der eigenen Partei.

Unsere Zukunft gemeinsam erkämpfen

Unsere Zukunft darf kein Privileg sein. Dieser Anspruch verbindet den Kampf um bezahlbares Wohnen und soziale Sicherheit mit Klimagerechtigkeit, Antifaschismus und queerfeministischer Selbstbestimmung. Es geht darum, wer über unsere Lebensbedingungen entscheidet und darum, diese Entscheidungsmacht gemeinsam zurückzugewinnen.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass junge Menschen ihre Zukunft gegen Armut, Ausgrenzung und die Klimakrise verteidigen müssen. Die Verhältnisse sind veränderbar. Dafür braucht es Menschen, die sich organisieren, solidarisch zusammenstehen und politischen Druck aufbauen: in den Stadtteilen, in Schulen, Hochschulen und Betrieben, auf der Straße und in den Parlamenten.

Als GRÜNE JUGEND Hamburg wollen wir diese Kämpfe zusammenführen und gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen und sozialen Bewegungen für konkrete Verbesserungen streiten. Wir wollen ein Hamburg, in dem alle ohne Existenzangst leben, selbstbestimmt sichtbar sein und wirklich mitentscheiden können. Diese Zukunft wird uns niemand schenken. Wir müssen sie gemeinsam erkämpfen.